

Die Hauptsorge ist nicht Blocher, sondern ob die Linke den Kampf um eine sozialere Schweiz verstärken kann

Autor(en): **Daguet, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **81 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341772>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Hauptsorge ist nicht Blocher, sondern ob die Linke den Kampf um eine sozialere Schweiz verstärken kann

Während sich die Medien in den letzten Wochen einzig auf die Frage konzentrierten, ob Blocher in den Bundesrat gewählt wird und ob sich die anderen Parteien dem Blocherdiktat unterziehen, beginnt eine vierjährige Legislatur, in der sich die zentralen politischen Fragen in aller Schärfe stellen: Wachstum, Beschäfti-

André Daguet

gung, Verteilung und Sozialabbau. Dabei ist der Traum einiger Linker und Grüner nach einer Mitte-Links-Koalition nicht mehr als eine Seifenblase.

Wir erleben zurzeit einen massiven Angriff auf die soziale Gestaltung der Schweiz:

- Die Arbeitslosigkeit, vorab die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr hoch. Die Wirtschaft steckt in einer Rezession und noch ist nicht absehbar, ob und wann die Schweiz zu einem mittleren Wachstum zurückfindet.
- Die Rechte ist daran, eine gigantische Umverteilung von unten nach oben zu organisieren. Das Steuerpaket entlastet die hohen Einkommen und die Eigentümer um mehr als drei Milliarden.
- Die 11. AHV-Revision ist eine reine Abbauvorlage zulasten der Frauen und der unteren Einkommen. Und mit dem Debakel bei den BVG-Renten findet ein weiterer Sozialabbau statt.

- Gleichzeitig werden massive Sparprogramme durchgesetzt. Zum Entlastungsprogramm von 3.3 Milliarden Franken schnürt der Bundesrat bereits ein zweites Paket in der Grössenordnungen von 2.5 Milliarden, das vorab den Sozialversicherungsbereich treffen wird.

Nicht die Frage der Einbindung von Blocher ist die zentrale Frage

Das politische System laboriert seit dem 23. Oktober daran, wie man Blocher und die Rechte in die Politik einbinden kann: Wie konkordant ist Blocher, ist es besser Blocher in den Bundesrat einzubinden, was ist davon zu halten, wenn Blocher a priori der SP zwei Sitze im Bundesrat garantiert? Blocher politisiert nicht nur populistisch, sondern rechts. Er steigt nicht in den Bundesrat ein, weil er mit der Beteiligung aller relevanten Parteien den politischen Ausgleich sucht. Vielmehr will er die bürgerlichen Parteien rechts einbinden und mit der sozialdemokratischen Beteiligung an der Regierung die SP in die politische Falle locken.

Es ist deshalb falsch, davon auszugehen, dass mit der Wahl in den Bundesrat Blocher und die Zürcher SVP konkordant eingebunden wird. Oder dass die SVP da-

mit in ihrer Oppositionsrolle beschränkt wird. Im Gegenteil, Blocher sucht die Konstituierung eines harten rechten Mehrheitsblockes in der Regierung und im Parlament. Und wenn es politisch sein muss, wird Blocher die SVP genauso auf die Oppositionsrolle einschwören, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

Die Schweiz hat sich nach links und nicht nach rechts bewegt

Die Linke in der Schweiz hat sich am 23. Oktober nach links bewegt, um 3 Prozentpunkte. Die Rechte hat insgesamt 3 Prozent verloren. Dieser Trend zeigt sich deutlich seit 1995. Dies wird durch eine Umfrage bestätigt, in der sich 29 Prozent der WählerInnen als links oder weit links positionieren (1995 waren es lediglich 24 Prozent), während sich nur 23 Prozent als rechts oder weit rechts positionieren (etwa gleich viel wie vor vier Jahren). Und wenn wir die WählerInnenentwicklung in den städtischen Gebieten anschauen, stellen wir fest, dass der WählerInnenanteil der Linken zum Teil markant über fünfzig Prozent gestiegen ist.

Trotz linker Zugewinne wird sich die politische Auseinandersetzung verschärfen. Die Linke hat zugelegt. Gleichzeitig hat sich der Gravitationschwerpunkt innerhalb des bürgerlichen Lagers von der CVP und FDP zur SVP verschoben. CVP und FDP haben massiv Sitze verloren, die SVP nicht im selben Ausmass hinzugewonnen. Die FDP hat auf das Blocherdiktat vom 23. Oktober umgehend mit der Rolle des Juniorpartners der SVP geantwortet. Und die CVP eiert politisch umher, weil sie unter Druck steht, ihren zweiten Bundesratssitz zu verlieren.

Dabei ist inzwischen eines klar geworden: Die FDP ist zurzeit nicht mehr in der Lage, einen eigenständigen Kurs zwischen SVP und SP zu definieren und mit der

CVP lässt sich keine Mitte-Links-Koalition schmieden. Das ist nicht mehr als der schöne Traum einiger Grüner und SP-Leute in den ersten Wochen nach der Wahl geblieben, denn auch die CVP hat mit den Wahlen mehr rechtes Profil gewonnen.

Wie auch immer der Bundesrat sich nach dem 10. Dezember zusammensetzen wird: Ob mit oder ohne SVP-Sitze: Die Linke wird sich in den kommenden vier Jahren auf eine sehr harte politische Auseinandersetzung einstellen müssen.

Das Liebäugeln mit dem Auszug aus dem Bundesrat ist eine fatale Falle

Blocher rein, SP raus. Diese politische Gedankenspielerei ist nicht neu. Der Traum von der SP in der Opposition! Jene, die damit liebäugeln, vergessen, dass im schweizerischen System die Oppositionsrolle ohne Regierungsbeteiligung verdammt schwierig ist. Im Unterschied zu den parlamentarischen Systemen anderer europäischer Länder gilt nicht das gleiche Gesetz: Wer in einem parlamentarischen System vier Jahre in der Opposition ist, kann die Chance erhöhen, die nächsten Wahlen mit einer parlamentarischen Mehrheit zu gewinnen und erneut die Regierung zu bilden.

Entscheidend ist vielmehr, die Doppelrolle der SP als Regierungspartei und Opposition gegen die Politik von rechts mit Erfolg zu spielen. Die SP darf als Bundesratspartei nicht Juniorpartnerin der bürgerlichen Regierungsmehrheit sein. In den achtziger Jahren haben die bürgerlichen Parteien von der SP immer wieder abverlangt, sie müsse sich zu zentralen Achsen der schweizerischen Politik klar outen, wenn sie im Bundesrat verbleiben wolle. Da war doch unter anderem die Frage nach dem Verhältnis der SP zur Armee. Jeder Versuch, die Bundesratsparteien auf ein gemeinsames Legislaturprogramm zu verpflichten und damit alle Parteien im

Die SP darf als

Bundesratspartei

nicht

Juniorpartnerin

der bürgerlichen

Regierungsmehr-

heit sein.

Bundesrat politisch einzubinden, ist bisher gescheitert. Zum Glück: Die SP ist linke Bundesratspartei dank ihrer starken WählerInnenlegitimation. Die SP ist aber zugleich Minorität im Kräfteverhältnis mit der bürgerlichen Rechten.

Mobilisierungsfähigkeit erhöhen

Die Politik der kommenden vier Jahre wird sehr hart werden. Die bürgerlichen Parteien werden enorm unter Druck der SVP stehen, die neoliberale Politik in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen, sowohl auf der Ebene des Bundesrates wie des Parlamentes. Für die Linke wird das heissen, vor allem auch auf der Ebene der direkten Demokratie mit einer mobilisierungsfähigen Bewegung zu antworten, denn es wird in den kommenden Jahren noch schwieriger werden, auf parlamentarischer Ebene sozial akzeptable Kompromisse auszuhandeln. Die Linke wird deshalb vermehrt auch mit Referenden gegen den massiven Angriff auf die Sozialversicherung und gegen die gigantische Umverteilung von unten nach oben antworten müssen.

Schulterschluss mit der Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung ist die grösste soziale Bewegung der Schweiz mit einem enormen Mobilisierungspotential. Für die Linke ist deshalb unabdingbar, den Schulterschluss mit der Gewerkschaftsbewegung zu suchen, wenn Mehrheiten gegen die neoliberale Politik der Rechten politisch mobilisiert werden sollen.

Die Gewerkschaften haben innert zwei Tagen das Referendum gegen die 11. AHV-Revision organisiert. Die gewerkschaftlichen Kundgebungen der jüngsten Zeit gehören zu den grössten Manifestationen

der vergangenen zwei Jahrzehnte. Diese Mobilisierungsfähigkeit ist Voraussetzung, um die Schweiz sozialer zu gestalten und die Politik der Bürgerlichen unter Führung von Blocher und SVP zu stoppen. Bundesrat Blocher hin oder her.

Links ist links und nicht in der Mitte

Dieser Schulterschluss setzt voraus: Die SP ist eine linke Partei. Die Idee, die SP irgendwo in der Mitte zu verorten, ist deshalb keine brauchbare Antwort auf die Politik der Rechten. Anders wird es nicht gelingen, die Kräfte gegen eine Politik des Sozialabbaus und der neoliberalen Deregulierung breit zu mobilisieren.

Es braucht keine Koalitionsprogramme zwischen SP und den bürgerlichen Parteien. Was es braucht sind politische Schwerpunkte, die innerhalb der Linken zwischen Parteien und Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen festgesetzt werden. Diese politischen Schwerpunkte müssen klare Antworten geben:

- Wie schaffen wir wieder Vollbeschäftigung und Wachstum?
- Wie fördern wir den ökologischen Umbau?
- Wie verhindern wir den Sozialabbau und bringen wir den Sozialausbau voran?
- Wie schaffen wir einen leistungsfähigen Service public gegen Deregulierung und Privatisierung?
- Wie setzen wir endlich Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern durch?
- Wie fördern wir mehr berufliche Qualifikation und Lehrstellen für alle?

André Daguét, lic.rer.pol., SP-Nationalrat, Vizepräsident Gewerkschaft Smuv, Jg. 1947, wohnhaft in Bern